

8. Motion von Anders Stokholm, Daniel Vetterli, Barbara Dätwyler Weber, Josef Gemperle, Christian Mader und Roland Wyss vom 16. Februar 2022 "Standesinitiative: Den Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Schweizer-Zucker erhalten (20/MO 29/279)

Beantwortung

Präsidentin: Die Beantwortung des Regierungsrates liegt schriftlich vor. Das Wort haben zuerst die Motionärin und die Motionäre.

Diskussion

Stokholm, FDP: Im Namen der Motionäre danken wir dem Regierungsrat für die Unterstützung der Motion und die wohlwollende Beantwortung. Ich zähle auf den Grossen Rat, dass er uns darin folgt, die Motion erheblich zu erklären, denn es gibt dafür gute Gründe. Ich beginne mit solchen, die dagegenstehen können. Kürzlich war in einem Einkaufszentrum zu lesen: "Liebe Eltern, unbeaufsichtigte Kinder erhalten von uns einen Liter Cola, ein grosses Schokoladeneis und einen Hundewelpen geschenkt."; der Albtraum ernährungsbewusster Eltern. Manch einem Kind bekommt zu viel Zucker nicht gut. Als Kind habe ich Schachteln und Säcke weise Zucker und Slik, wie man Süssigkeiten auf Dänisch nennt, verschlungen. Ich glaube, dass es mir nicht geschadet hat. "Alle Dinge sind Gift, und nichts ist ohne Gift; allein die Dosis machts, dass ein Ding kein Gift sei." Die Menge macht es aus, so auch beim Zucker. In Massen verwendet ist er ein Grundnahrungsmittel, im Übermass ist er Gift. Wenn wir nun mit einer Motion die Einreichung einer Standesinitiative zur Erhaltung des Selbstversorgungsgrades mit Schweizer Zucker fordern, setzen wir bei ersterem an, beim Grundnahrungsmittel, ohne zweiteres, das Gift, zu verkennen. Als wichtiges Element für unsere Ernährung soll Zucker aus Schweizer Produktion sichergestellt werden, da der Selbstversorgungsgrad aktuell bei knapp 70 % liegt und aufgrund des Bevölkerungswachstums laufend abnimmt. Zudem – das haben wir in den letzten Jahren und Monaten gelernt – ist auf internationale Lieferketten kein Verlass. Schliesslich belegen Studien, dass der Anbau und die Produktion aus Schweizer Zuckerrüben im Verhältnis zum europäischen Umland ökologisch nachhaltiger als andernorts gemacht werden. Das Gute ist aber auch der Feind des Besseren. Selbst wenn der Anbau und die Produktion relativ gesehen ökologischer sind, bedeutet das noch nicht, dass es nicht noch besser gehen würde. Das ist sich unsere "Zuckerri", wie wir die Zuckerfabrik hier in Frauenfeld nennen, bewusst. Seit Jahren investiert sie deshalb in Elemente der Kreislaufwirtschaft. Abfallprodukte aus der Zuckerherstellung werden für die Herstellung von Pflanzenerde und Biogas verwendet. Die "Zuckerri" forscht im Bereich der für die Ernährungswirtschaft wichtigen Pektine, indem sie deren Herstellung

aus Zuckerrübenschnitzeln erprobt, und sie investiert zig Millionen Franken in die Gewinnung von Wärme, Strom und Aktivkohle aus Holz. Zudem liefert sie seit Jahrzehnten Wärme über ein Fernwärmenetz an viele Haushalte in Frauenfeld. Diese Anstrengungen und andere dazu tätigen die Zuckerfabriken Aarberg und Frauenfeld aus eigener Initiative. Mit der Standesinitiative fordern wir, dass der Bund als Ergänzung zu den Anstrengungen die Forschung im Bereich des ökologisch wie auch des sozial nachhaltigen Zuckerrübenanbaus vorantreiben soll. Nebst hunderten von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden ausserdem die Konsumentinnen und Konsumenten Nutzniesser der Investitionen beim Anbau und der Verarbeitung von Zuckerrüben sein. Sie werden Zucker künftig mit einem noch besseren Gewissen kaufen und sorgsam verwenden können. Bei manchen werden nur wenige Gramm als Grundnahrungsmittel durchgehen. Bei anderen liegt etwas mehr drin. Wie sonst sollen zwei Meter Körperlänge heranwachsen können? Ich danke den Ratsmitgliedern, wenn sie dies mit ihrem Ja zur Erheblicherklärung auch in Zukunft ermöglichen, zwar nicht mehr mir, aber unseren Enkelinnen und Enkeln.

Schenk, EDU: Ich verlese das Votum meines Fraktionskollegen Christian Mader: "Die EDU-Fraktion dankt dem Regierungsrat für die Beantwortung der Motion. Mit rund 500 Produzentinnen und Produzenten im Thurgau, die Zuckerrüben auf der Fläche von gut 1'800 Hektaren anbauen, was rund 13 % der in der Schweiz produzierten Zuckerrübenmenge entspricht, zeigt sich die Relevanz der Sparte in der Nahrungsmittelindustrie für den Kanton Thurgau, aber auch für die Schweiz. Die Schweizer Landwirte produzieren zudem weitaus ökologischere Zuckerrüben als diejenigen aus dem Raum der Europäischen Union (EU). Im Vergleich zu importiertem Zucker aus der EU fallen gemäss der in der Motion zitierten Studie "Schweizer Zucker ist überzeugend nachhaltig" entlang der gesamten Produktionskette des Schweizer Zuckers rund 30 % weniger Umweltbelastungen an. Die letzten zwei Jahre haben uns aufgezeigt, wie stark wir als kleines Land in gewissen Bereichen von Importen und demzufolge von reibungslos funktionierenden internationalen Warenflüssen abhängig sind. Die vorliegende Motion hat hauptsächlich zum Ziel, den Selbstversorgungsgrad der Schweiz mit Zucker zumindest auf dem Niveau der vergangenen Jahre zu erhalten. Dies ist uns sehr wichtig. Die EDU-Fraktion ist aus diesen Gründen für Erheblicherklärung der Motion." Zur Gewichtung möchte ich folgende Information weitergeben: In der heutigen "Thurgauer Zeitung" ist zu lesen, dass der abgebildete Lastwagen aus Heilbronn eine Ladung Biozuckerrüben in die "Zuckeri" in Frauenfeld angeliefert habe. Dort heisst es, dass die "Zuckeri" aus dem nördlichen Nachbarland noch mehr Bio-Rüben als in den Vorjahren erwarte. Rund die Hälfte der Gesamtmenge werde mit dem Zug angeliefert, die andere auf der Strasse.

Vetterli, SVP: Nein, Zucker ist nicht lebensnotwendig. Er versüsst aber unser Dasein, hebt die Stimmung und ist aus unserer Ernährung wenigstens als Genussmittel nicht wegzudenken. Ursprünglich waren es Honig und Fruchtzucker, etwa Birnel, und über

Jahrhunderte grosse Mengen Rohrzucker, die aus den Kolonien importiert wurden. Nachdem der Berliner Apotheker Andreas Sigismund Marggraf 1747 nachwies, dass Rübenzucker mit Rohrzucker identisch ist, gelang es um 1800 erstmals, Zucker aus der Rübe zu extrahieren. Rund 100 Jahre später entstand in Aarberg die erste Schweizer Zuckerfabrik. 1963, nach Jahren massiven Seilziehens unter interessierten Standorten in der Ostschweiz, gewann Frauenfeld den Zuschlag. Hier wurde die Fabrik mit massiver Unterstützung gebaut. Die Käsereigesellschaften, die Landi oder auch Politische Gemeinden zeichneten Aktien, um das damals sehr sportliche Vorhaben zu ermöglichen. Heute ist alles ein wenig anders. Zucker steht zuoberst auf der Ernährungspyramide, und die Notwendigkeit einer einheimischen Zuckerproduktion wird durchaus in Frage gestellt. Die Krise in der Ukraine und die damit verbundenen, vorher undenkbaren Engpässe bei der Energie und den Nahrungsmitteln zeigen eindrücklich auf, dass ein Mindestmass an einheimischer Nahrungsmittelproduktion zwingend notwendig ist. Im Falle der Rüben ist dies besonders fatal, denn die Notwendigkeit einer industriellen Herstellung hat sich nicht verändert. Vertiefte Kenntnisse im Anbau der anspruchsvollen Kultur, eine professionelle Mechanisierung, technisches Knowhow bezüglich der Zuckerherstellung und ein Netz spezialisierter Unternehmen rund um die Fabrik sind Bedingung für die Herstellung. Einmal verloren, ist eine Wiederaufnahme der Produktion in der Schweiz kaum vorstellbar. Es ist übrigens nicht das einzige Produkt, das eine professionelle Verarbeitung voraussetzt. Zahlreiche neue Produkte, etwa solche aus Soja und anderen Eiweissträgern, warten darauf. Es wird in ehemaligen Käsereien gerade Tofu hergestellt. Eine Weiterverarbeitung gibt es bis jetzt aber fast nicht. Das verunmöglicht den Ausbau des Anbaus in der Schweiz. Ich setze mich für den anspruchsvollen Anbau der Biozuckerrüben ein und baue diese an. Ich bin mir sehr bewusst, dass die Verarbeitung der Zuckerrüben nur im Windschatten der konventionellen Produktion möglich ist, weil eine Fabrik dazu notwendig ist, die eine Mindestauslastung braucht. Was soll also der Vorstoss? Er zielt auf die Debatte um die Verlängerung des minimalen Grenzschatzes von 7 Rappen, sofern diese notwendig ist. Der europäische Preis für Zucker, der in die Schweiz importiert wird, liegt zwischen 50 Rappen und 60 Rappen pro Kilogramm. Fällt er unter ein bestimmtes Niveau, kommen die 7 Rappen zum Tragen. Es geht nicht um eine Subventionierung, wie wir das bei anderen Produkten kennen. Dazu kommt die nächste Debatte im Ständerat, ob die minimale Stützung verlängert werden kann. Darauf zielt unsere Motion. Es wird ein ähnlicher Vorstoss im Kanton Bern erwartet. Selbstverständlich ist die Meinung der Standortkantone in dieser Diskussion sehr wichtig. Im Namen der vollständigen SVP-Fraktion sowie der Motionärin und der Motionäre bitte ich den Grossen Rat deshalb, die Motion zu unterstützen, damit wir auch in kommenden Krisenzeiten, die wir nicht voraussehen können, hie und da Zucker für ein feines Dessert kaufen können. Wie erwähnt ist Zucker nicht lebensnotwendig, er versüsst jedoch unser Dasein und hebt die Stimmung definitiv.

Leuthold, GLP: Es ist an der Zeit, ein wenig Licht in die Dunkelkammer der Schweizer Zucker-Lobby zu tragen und gemeinsam einen Blick unter die klebrige Zuckerkruste zu werfen. Aus volkswirtschaftlicher, ökologischer, gesundheitspolitischer und liberaler Sicht muss die Schweizer Zuckerproduktion in ihrer aktuellen Form kritisch hinterfragt werden. Im Namen der GLP-Fraktion bedanke ich mich bei der Motionärin und den Motionären, dass sie mit ihrem Vorstoss die Debatte zur Zuckerproduktion lanciert haben. Es ist bedenklich, dass sich der Regierungsrat vorbehaltlos hinter das Anliegen der Motion stellt und sie zur Annahme empfiehlt. Sowohl die Motionärin und die Motionäre als auch der Regierungsrat beziehen ihre Argumente aus einer Studie, die die Schweizer Zucker AG im Jahr 2017 in Auftrag gegeben hat. Meine Argumente stammen aus Studien der beiden "Think Tanks" "Vision Landwirtschaft" und "Avenir Suisse" sowie aus eigenen Recherchen. Ich möchte vier Aspekte beleuchten. 1. Volkswirtschaftlicher Aspekt: Seit der Liberalisierung des Zuckermarktes 2017 besteht in Europa ein Überangebot; die Preise stehen unter Druck. In der Schweiz angebaute Zucker ist auf dem Weltmarkt nicht annähernd konkurrenzfähig. Damit es trotzdem funktioniert, kassiert der Bund happige Schutzzölle auf Importe von Zuckerprodukten. Die höheren Preise berappen wir als Konsumentinnen und Konsumenten. Gleichzeitig fördert der Bund den Anbau von Zuckerrüben mit grosszügigen Einzelkulturbeiträgen. Die Zeche dafür begleichen wiederum wir als Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Die Subventionen belaufen sich auf etwa 70 Millionen Franken pro Jahr. Das entspricht fast 4'000 Franken pro Hektare. Dass Zucker in der Schweiz 30 % nachhaltiger produziert werden soll als im Ausland, ist eine reine Behauptung in der von der Schweizer Zucker AG finanzierten Studie. Sie lässt sich in keiner Weise nachvollziehen. Der Zuckermarkt wäre eine grosse Chance für etliche Entwicklungsländer. Diese werden aber mit Erfolg vom Schweizer Markt ferngehalten. 2. Ökologie: Fachleute sind sich einig, dass ein ökologischer Anbau von Zucker nur in tropischen Ländern möglich ist. In unseren Breitengraden wäre es sinnvoller, stattdessen zum Beispiel Hülsenfrüchte, Ölsaaten, Kartoffeln oder Industriehanf anzubauen. Der Markt dafür ist gross genug. Zuckerrüben enthalten von allen Kulturen die höchste Menge an Herbiziden pro Hektare. Zur Erntezeit im Spätherbst fahren die schweren "Rübenroder", die Zuckerrüben-Vollernter, mit einem Gesamtgewicht von 40 Tonnen bis 60 Tonnen über das Land und verdichten so die nassen Böden. Das vermindert die Bodenfruchtbarkeit und tötet die Bodenlebewesen. Das Gleichgewicht von Wasserhaushalt und Sauerstoffgehalt im Boden wird gestört. Dies muss wiederum mit chemisch-synthetischem Dünger und mit Pestiziden kompensiert werden; ein Teufelskreis. Dazu kommt die gigantische Menge an Strom und fossilem Erdgas. Es sind geschätzt 150 Gigawattstunden Energie, die für die Verarbeitung der Rüben zu Zucker benötigt wird. Bei dieser miserablen Ökobilanz fällt der Rübentransport per Eisenbahnwagen nicht mehr wirklich ins Gewicht. 3. gesundheitlicher Aspekt: Wir alle kennen die negativen Auswirkungen von zu viel Zuckerkonsum: Gewichtszunahme, Herz-Kreislauf-Krankheiten, Diabetes, Krebs, Darm-Krankheiten, Beeinträchtigung des Gehirns bis hin

zu dessen Degeneration. Der Konsum von Zucker hat ähnliche Auswirkungen auf das Gehirn wie Kokain. Zucker ist schädlich und nicht lebensnotwendig. Er kann problemlos durch andere natürliche Süssmittel ersetzt werden. Zucker ist ein Genussmittel, aber kein Grundnahrungsmittel. Das kann das Universitätsspital Zürich bestätigen. Die Weltgesundheitsorganisation WHO empfiehlt eine maximale Tagesmenge von 25 Gramm Zucker pro Person. Die Zuckerfabriken Frauenfeld und Aarberg produzieren heute jährlich rund 250'000 Tonnen. Das sind umgerechnet 80 Gramm pro Kopf und Tag, also dreimal mehr als die WHO empfiehlt. Die heutigen Rübenflächen, Produktionsmengen und Verarbeitungskapazitäten sind somit klar überdimensioniert. 4. Versorgungssicherheit: Der einzige Punkt, der für die Förderung der Schweizer Zuckerproduktion spricht, ist der Beitrag zur Versorgungssicherheit. Dazu braucht es aber keine 20'000 Hektaren Zuckerrüben und auch nicht zwei Zuckerfabriken. Selbst bei einem Konsum von 50 Gramm Zucker pro Kopf und Tag, doppelt so viel, wie die WHO empfiehlt, wäre eine jährliche Produktion auf 12'000 Hektaren bei weitem ausreichend. Für die Bauern wiederum wäre dies ein Vorteil, da der Erlös für ihre Rüben damit tendenziell stiegen und auf Importe verzichtet werden könnte. Bei der vorliegenden Motion geht es nicht um die Landwirtschaft und nicht um unsere Versorgungssicherheit, sondern einzig und allein darum, die beiden aus der Zeit gefallenen Produktionsstandorte der Schweizer Zucker AG möglichst lange am Leben zu erhalten. Wäre die Schweizer Zucker AG kein Monopolist mit besten Kontakten zum Schweizer Bauernverband und ins Bundeshaus, stünde eine der beiden Fabriken längst still. Sie werden aber durch den Staat geschützt und mit viel Steuergeld finanziert. Es ist an der Zeit, liberal zu denken und hier den Markt spielen zu lassen. Das "Totschlag-Argument", mit dem die Motionäre und der Regierungsrat argumentieren: der Verlust von Arbeitsplätzen. Mittelfristig gesehen, stimmt das natürlich, dass eine Verlagerung stattfinden würde. Ehrlicherweise müsste man die Zahl aber nach oben korrigieren. Ein moderater Zuckerkonsum in der Schweiz würde nicht nur die Arbeitsplätze in der Zuckerindustrie, sondern auch nachgelagerte Branchen wie Zahnärztinnen und Zahnärzte, Diätberaterinnen und Diätberater oder die Pharmaindustrie treffen. Dafür gewinnen wir alle an Lebensqualität und Gesundheit. Die staatlichen Subventionen würden für gesunde, ökologisch verträgliche Produkte aus unserer Landwirtschaft zur Verfügung stehen. Die GLP-Fraktion lehnt die Motion einstimmig ab.

Wohlfender, SP: Der Zuckeranbau prägte die Thurgauer Landwirtschaft in den letzten Jahrzehnten und trug bei vielen Bauernfamilien infolge der guten Subventionspraxis des Bundes zur Einkommenssicherheit bei. Auch sicherte er vielen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern das Einkommen. Diese Arbeitsplätze gilt es, mit guten Bedingungen zu sichern. Ist es der freie Markt, der den Zuckerrübenanbau im Thurgau verändert hat? Betrachtet man die Anbaufläche des Thurgaus, so scheint es, dass die Bäuerinnen und Bauern sukzessive vermehrt andere Produkte anbauen, nämlich Beeren und Gemüse, was wiederum gesünder wäre. Auf den ersten Blick scheint es im Zuge der weltpoliti-

schen Gegebenheiten einerseits sinnvoll, dass die Versorgungssicherheit mit Zucker auch in Zukunft gewährleistet wird und so einer Knappheit dieses Produktes mit höheren Preisen präventiv entgegenwirkt. Andererseits steht die Volksgesundheit demgegenüber, besteht doch durch den hohen Konsum von Zucker, vor allem in versteckter Form, eine Beeinträchtigung unserer Gesundheit. Wie können wir das eine tun und das andere nicht lassen? In der Beantwortung der Motion hält der Regierungsrat fest, dass die nationale Forschung Agroscope in einen nachhaltigen Zuckerrübenanbau investiere. Für die SP ist es elementar, dass der Pestizideinsatz beim Anbau von Zuckerrüben reduziert wird. So, wie es die Bauernlobby bei der Abstimmung über die Gewässerschutzinitiative versprochen hat. Dies fordern wir nun ein. Die Forschung muss sich wohl oder übel damit auseinandersetzen, ob der wasserintensive Anbau von Zuckerrüben klimabedingt überhaupt noch möglich und zweckbringend ist. Ausserdem ist es aus gesundheitspolitischen Überlegungen wichtig, dass sich die Forschung damit auseinandersetzt, wie insbesondere der Zuckergehalt in Convenience-Produkten und Lebensmitteln, reduziert werden kann und wie die Politik hier Regelungen festsetzt. Die SP-Fraktion stimmt der Motion mit grosser Mehrheit, aber einigen Vorbehalten zu.

Gemperle, Die Mitte/EVP: Ich spreche für die Fraktion Die Mitte-EVP, die die Motion mit grosser Mehrheit unterstützt, und zwar aus folgenden Überlegungen, die bereits angedeutet wurden: die grosse Bedeutung der Land- und Ernährungswirtschaft und deren Arbeitsplätze im Kanton Thurgau und – nicht ganz unwichtig – der gesamten Ostschweiz. Für kaum einen anderen Kanton in der Schweiz sind die Land- und Ernährungswirtschaft derart wichtige Pfeiler der Volkswirtschaft als im Thurgau. Im Werk Frauenfeld arbeiten 160 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die einen bedeutenden Teil des Schweizer Zuckers verarbeiten. Der Regierungsrat hat in seiner Strategie 2040 darauf hingewiesen, dass die Ernährungswirtschaft nach wie vor einen sehr wichtigen Stellenwert bei der Herstellung von Nahrungs-, Genuss- und Heilmitteln hat. Das ist für mich natürlich entscheidend. Zur Bedeutung der Zuckerrübe in der Fruchtfolge: Ich bin zwar kein Ackerbauer, ich weiss aber, dass eine abwechslungsreiche Fruchtfolge eine der ältesten und wirksamsten Methoden zur Bekämpfung von bodenbürtigen Krankheiten und Schädlingen ist, die wiederum weniger Spritzmittel braucht. Das wird immer wieder gefordert, auch von der GLP. Das haben wir heute gehört. Mit Landwirtschaftspolitik lässt sich keine Gesundheitspolitik machen. Das geht nicht. Es schmerzt mich als Landwirt, dass die GLP immer wieder auf die Landwirtschaft einschlägt, ausgerechnet jene Partei, die im Bereich der Energie viel Übereinstimmung mit mir hat. Ich betone, dass es wichtig ist, dass wir das regional produzieren, was aufgrund der Kulturen möglich ist und Sinn macht. Ich kann mir nicht vorstellen, dass Importe besser sein sollen als eigene regionale Produktionen. Die Importe sind nicht besser. Ökologisch sind sie auf tieferem Niveau. Natürlich gibt es einzelne Ausnahmen. Es wurde viel über die Bauern gesagt. Wir können die Gesellschaft nicht via die Landwirtschaftspolitik umerziehen. Die Zeche bezahlen die Kon-

sumentin, der Konsument und die Umwelt, wenn man die Gesellschaft nicht umerziehen kann und man nicht vom Zucker wekommt. Der Konsument kauft das, was er will. Wenn wir das nicht herstellen, und zwar kontrolliert und in einer guten Produktion, kommt es aus dem Ausland. Ich begreife wirklich nicht, wie man Importe unterstützen kann. Ich bitte, die Motion zu unterstützen, damit beim Zucker zumindest ein Teil unseres Verbrauchs in der Schweiz produziert werden kann.

Engeli, GRÜNE: Ich bin doch etwas erstaunt über das Votum, dass Landwirtschaft nichts mit der Gesundheit zu tun habe. Dem würde ich widersprechen. Meines Erachtens müssen wir Einfluss nehmen. Ich bin durchaus eine Verfechterin dessen, dass die Schweiz ihren Selbstversorgungsgrad steigern sollte und wir damit für mögliche schwierige Zeiten besser gewappnet wären. Selbstverständlich ist die GRÜNE-Fraktion auch dafür, dass Nahrungsmittel nachhaltig und mit ökologischen Standards angebaut werden sollten. Ein Grossteil der GRÜNE-Fraktion und ich sind aber sehr erstaunt darüber, dass es hier ausgerechnet um Zucker geht und dessen Selbstversorgungsgrad Anlass zur Sorge ist. Leider ist Zucker für viele inzwischen mehr Fluch als Segen. Der vorgeschlagene Ansatz erscheint uns wenig vielversprechend, das Problem zu lösen. Es ist naheliegend, dass wir uns bei dem immer stärker steigenden Bedarf an Zucker nicht mehr selber mit Zucker versorgen können. Nun stellt sich aber die Frage, welches die Lösung für das Problem ist. Hier sind wir gänzlich anderer Meinung als die Motionärin und die Motionäre. Der Selbstversorgungsgrad eines Produkts kann erhöht werden, selbst wenn der Konsum des Produktes reduziert wird. Hier sehen wir enormes Potential. Ich nenne nun einige Zahlen, die unsere Sicht dieses vermeintlichen Problems verdeutlichen: Allein vom Energy Drink "OK.-" der am Kiosk für einen Franken verkauft wird, werden jährlich 25 Millionen Dosen verkauft. Zur Herstellung dieses Produktes, das vor allem von jungen Menschen getrunken wird, werden 687,5 Tonnen Zucker benötigt. "Red Bull" verkauft weltweit 7,9 Milliarden Dosen ihres Energydrinks. Das sind 217'000 Tonnen Zucker aus Zuckerrüben, wie der Homepage zu entnehmen ist. 2017 hatten wir einen Selbstversorgungsgrad von 72 %. Unseres Erachtens ist dies ziemlich hoch. In der Schweiz werden pro Person und Jahr durchschnittlich 126 Liter nicht alkoholische Süssgetränke konsumiert. Süssgetränke enthalten zirka 90 Gramm Zucker pro Liter. Das sind 98'000 Tonnen pro Jahr. In der Schweiz werden jährlich 339'300 Tonnen Zucker konsumiert. Wenn man die 98'000 Tonnen der Süssgetränke abzieht, wären wir bei einem Selbstversorgungsgrad von ungefähr 100 %. Selbstverständlich sind auch wir dafür, dass unsere Zuckerproduktion überlebt und einen guten und nachhaltigen Standard hat. Wir sind aber der Meinung, dass es im Zusammenhang mit Zucker andere Wege braucht. Zuerst einmal sollte der Konsum von Zucker in der Schweiz drastisch gesenkt werden. Das würde den Importbedarf bei der Nahrungsmittelproduktion stark senken und den Selbstversorgungsgrad erhöhen. Eine starke Reduktion der Gesundheitskosten wäre ausserdem ein schöner Nebeneffekt. Vielleicht wäre das bereits die Lösung für die nächste Interpellation

auf der Traktandenliste. Weiter könnten Produkte, die nachhaltigen Schweizer Zucker enthalten, entsprechend deklariert werden. Dies hat auf die Konsumenten eine positive Wirkung. Eigentlich bräuchte es aber eine Steuer auf den Zucker, der den Lebensmitteln bei der Herstellung zugesetzt wird. Das wäre eine sehr sinnvolle Standesinitiative. Grossbritannien hat 2018 eine solche Steuer eingeführt. Ein Jahr später wurden 10 % weniger Zucker konsumiert. Diese Zusatzeinnahmen könnten in die Gesundheitsförderung einfließen. Wir unterstützen es, den Selbstversorgungsgrad zu erhalten, aber nicht auf die mit der Motion vorgeschlagenen Weise. Wir werden die Motion daher mehrheitlich nicht unterstützen.

Haller, Die Mitte/EVP: Ich habe ein Verständnisproblem. Es wurde gesagt, dass in der Schweiz besser als im Ausland produziert werde. In der heutigen Zeitung ist zu lesen, dass vermehrt Biozuckerrüben aus dem Ausland in die Schweiz importiert werden. Wie mehrfach gesagt wurde, können wir die Gesellschaft nicht umerziehen. Wir haben die Gesellschaft aber zum Zuckerkonsum erzogen. Nun ist sie mehr oder weniger süchtig nach Süssgetränken und anderen Süssigkeiten. Es müsste somit möglich sein, sie auch wieder in die andere Richtung zu erziehen. Es ist mir jedoch bewusst, dass das nicht über das Bundesgesetz über die Landwirtschaft (Landwirtschaftsgesetz) geschehen kann. Ich habe bei Grossverteilern nachgefragt, weshalb einzelne Produkte Zucker enthalten. Ich erhielt die Antwort, dass die Konsumentin oder der Konsument es so wolle. Ich frage mich, ob ich somit kein Konsument bin. Viele Produkte enthalten versteckten Zucker, den es nicht bräuchte. Man hat uns aber dazu erzogen, dass ein Joghurt nature nicht mehr leicht säuerlich, sondern süss ist. In diesem Bereich liegt die Verantwortung des Grossen Rates.

Vogel, GRÜNE: Es fällt mir nicht leicht, zur vorliegenden Standesinitiative eine klare Meinung zu fassen. Zum einen sehe ich einen hohen Selbstversorgungsgrad, der durch einen ökologischen, nachhaltigen, den Boden und die Umwelt schonenden Anbau erzeugt wird, als wichtig und richtig. Auf der anderen Seite haben wir es bereits in verschiedenen Voten gehört, dass wir heute etwa doppelt so viel Zucker konsumieren, als aus gesundheitlicher Sicht empfohlen wird. Das heisst, dass ein Selbstversorgungsgrad von 100 % und mehr erreichbar wäre, wenn wir unseren Zuckerkonsum auf ein gesundes Mass reduzieren würden. Wir könnten Flächen anders Nutzen und unseren Selbstversorgungsgrad gerade in anderen Bereichen, vielleicht mit gesünderen Lebensmitteln, erhöhen. Heute fliesst ein Viertel des Schweizer Zuckers, und somit die Hälfte des Werks Frauenfeld, in die Produktion von "Red Bull". Dies als ein qualitativ wertvolles Nahrungsmittel zu betrachten, fällt mir schwer. Ausserdem ist die Zuckerproduktion energieintensiv. Davon haben wir bereits gehört. Die Zuckerfabrik Frauenfeld bezieht heute einen Grossteil ihrer Energie aus fossilem Erdgas. Sie macht damit rund 10 % des Thurgauer Gasverbrauchs aus. Ein Anteil von 70 % erneuerbarer Energie bei der Pro-

duktion von Zucker in Frauenfeld, wie es in der Motionsbegründung erwähnt wird, ist leider nicht gegeben, so sehr ich das begrüssen würde. Die Zahlen stimmen für das Werk Aarberg, in dem die benötigte Energie mit einem Holzkraftwerk erzeugt wird. In Frauenfeld gibt es zwar ein Holzheizkraftwerk, das andere Vorteile bietet und innovativ ist. Für die Investition bin ich der "Zuckerri" in Frauenfeld dankbar. Das Holzheizkraftwerk kann jedoch nicht direkt zur Produktion von Zucker verwendet werden, und der Einsatz von fossilen Brennstoffen ist in Frauenfeld weiterhin hoch. Nebst dem Anbau muss die Nachhaltigkeit beim Zucker zwingend auch die Produktion umfassen. Diese Punkte fehlen mir in der vorliegenden Motion, insbesondere in der Begründung. Sie erhalten in der Diskussion zur Selbstversorgung mit Zucker zu wenig Aufmerksamkeit. Ich habe lange damit gerungen, ob ich der Motion für eine Standesinitiative zustimme. Nach der Diskussion, die ich nun im Rat erlebt habe, kann ich das leider nicht, da die Motion meines Erachtens zu sehr "weiter wie bisher" und zu wenig Wandel in der Diskussion zum Zucker ist. Ich erwarte einen Einsatz zur Reduktion des Zuckerkonsums auf ein gesundes Mass, ein umwelt- und bodenschonender Anbau und einen raschen Umstieg auf erneuerbare Energien in der Produktion, auch in Frauenfeld.

Franz Eugster, Die Mitte/EVP: Die linke Ratsseite will das Konsumverhalten der Gesellschaft ändern. Das kann aber nicht erreicht werden, indem der Landwirtschaft vorge-schrieben wird, was sie zu produzieren hat, weder beim Zucker noch beim Fleisch. Bei der Motion geht es um etwas anderes. Es geht darum, uns nicht noch abhängiger vom Ausland zu machen. Deshalb unterstütze ich die Motion.

Schildknecht, Die Mitte/EVP: Der hohe Pestizideinsatz bei der Produktion von Zuckerrüben ist ein Problem. Daran arbeiten wir mit den Techniken, die bei Agroscope in Täni- kon ausprobiert werden. Mit Robotern und Computern wird sehr hart daran gearbeitet, damit wir mechanisch arbeiten und somit den Pestizideinsatz reduzieren können. Das braucht aber Zeit, doch damit kommen wir relativ nahe an die Bio-Produktion, die sehr gefragt ist. Das ist klar. In der Schweiz gibt es noch nicht viele Bio-Produzenten, doch es werden immer mehr. Sie müssen aber noch aufgebaut werden. Zur Gesundheit: Eine Hektare Zuckerrüben produziert mehr Sauerstoff als eine Hektare Wald.

Regierungsrat **Schönholzer**: Das Votum von Kantonsrat Stefan Leuthold hat es in sich. Die Qualifikation für den Regierungsrat mag in Ordnung sein. Ich kann es aber nicht nachvollziehen, dass eine landwirtschaftliche Beratungsstunde mit Blick auf die Mobilität, die Gesundheitsförderung und die Subventionspolitik abgehalten und danach der Schluss gezogen wird, dass es keine Rolle spielt, ob man Zuckerrohr aus irgendwelchen Ländern in die Schweiz importieren soll. Aus liberalem Blickwinkel habe ich gewisses Verständnis. Durch die "grüne" Brille betrachtet, ist das für mich nicht mehr nachvoll- ziehbar. Darüber müssen wir uns vielleicht bilateral noch einmal austauschen. Die

Landwirtschaftspolitik darf nicht zur Umerziehung von Konsumentinnen und Konsumenten missbraucht werden. Sie haben es selbst in der Hand, ob und wie viel "Red Bull" sie trinken und wie viel Schokolade sie essen. Dann, wenn sie aber zu gesüsstten Produkten greifen, bitte zu jenen mit einheimischem Zucker. Dafür braucht es Anbauflächen. Es wurde gesagt, dass diese systematisch zurückgehen würden. Es ist keine Frage, ob mehr oder weniger Zucker konsumiert wird, sondern des Preises und der Anbaumethoden. Da haben wir, wie es erwähnt wurde, Handlungsbedarf. Die Thematik mit den Pflanzenschutzmitteln ist sehr wichtig. Es ist kein weiter wie bisher, denn der Bund hat die Gefahr erkannt und in seiner Herbstsession eine Änderung des Landwirtschaftsgesetzes beschlossen. Darin sind Komponenten mit Preisstütz- oder Grenzschutzmassnahmen enthalten. Darüber kann man denken, wie man will. Es sind aber auch wesentliche Elemente zu Forschung und nachhaltiger Produktion enthalten. Der Beschluss wurde bis Ende 2026 befristet. Es ist aber gerade für unseren Kanton matchentscheidend, dass die Anstrengungen in der Forschung über das Jahr 2026 hinausgehen, da wir insbesondere mit Agroscope intensiv arbeiten. Die Swiss Future Farm in Tänikon forscht genau an diesen Elementen, die viele Landwirtinnen und Landwirte umsetzen. Biorüben wollen nicht nur wir, sondern auch der Markt. Sie sind aber nicht einfach zu produzieren. Man muss dies mit gleichen Massstäben machen. Genau da setzt die Bestimmung im Landwirtschaftsgesetz an. Wenn der Grosse Rat der Motion für die Standesinitiative erheblich erklärt, wie dies auch der Regierungsrat beantragt, setzt er ein wichtiges Zeichen in Richtung des nationalen Parlamentes in Bern, dass es auch nach 2026 eine sinnvolle Anschlusslösung und den Fokus, weg vom Selbstversorgungsrat, braucht. Die Anbaumethoden und die Flächen müssen gegeben sein. Man sollte nicht das Gefühl haben, dass es egal sei, wenn eine der beiden Zuckerfabriken schliessen müsste. Die Rüben aus dem Thurgau nach Aarberg oder von der Westschweiz nach Frauenfeld zu transportieren, hat nichts mehr mit Ökologie zu tun. Ich danke für die Unterstützung der Motion.

Diskussion - **nicht weiter benützt.**

Beschlussfassung

Die Motion wird mit 70:16 Stimmen erheblich erklärt.

Präsidentin: Das Geschäft geht an den Regierungsrat zur Ausarbeitung des Beschlussesentwurfes für die Einreichung der Standesinitiative.